



UNIVERSITÄTS-  
BIBLIOTHEK  
PADERBORN

## **Das Zeitalter des Imperialismus 1884 - 1914**

**Friedjung, Heinrich**

**Berlin, 1919-**

Herrschaft des linksrepublikanischen Blocks 1899 bis 1907

---

[urn:nbn:de:hbz:466:1-77071](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-77071)

## Herrschaft des linksrepublikanischen Blocks 1899 bis 1907

Noch einmal rafften sich während des Dreyfus-Prozesses die Schleppträger der Monarchie und der Kirche zu einer starken Anstrengung auf und bedienten sich zur Werbung unter den Massen des Judenhasses und der aufgepeitschten nationalen Leidenschaft. Gegen sie vereinigten sich die Anhänger der Ideen der Revolution von 1789 zu einem Bunde, der bald von der Verteidigung zur Erringung der Macht überging. Der 1899 gebildete republikanische Block zeigte, was der Demokratie an treibender und verjüngender Kraft innewohnt und was sie darin doch wieder schuldig bleibt. Der Block — diese Namenstaufe ging von Clemenceau aus — bestand aus drei Gruppen: an Zahl die kleinste war der linksstehende Teil des besitzenden Bürgertums, der unter Führung Waldeck-Rousseaus stand; den Kern bildete die radikale Partei, welche, mit Clemenceau als stärkster Persönlichkeit, die große Masse der Kleinbürger bis in den Mittelstand hinein um sich scharte; endlich die von Jaurès glanzvoll geleitete Arbeiterpartei. Dieser Bund regierte Frankreich von 1899 bis 1907; er ist für die Sozialgeschichte Europas deshalb von Bedeutung, weil damals zum ersten Male die Sozialdemokratie eines Landes sich zur Unterstützung von bürgerlichen Ministerien bereit fand, wenn sie auch, um ihren Grundsätzen treu zu bleiben, nicht selbst in die Regierung eintrat. Nicht, daß der Klassenkampf vollständig geruht hätte; Hauptsache aber war damals für Jaurès und seine Freunde die Verteidigung der Republik.

Naturgemäß richtete die radikale Linke die Wucht des Angriffes gegen die als letzte aus der Vergangenheit in die Gegenwart hineinragende Gewalt, gegen die katholische Kirche, die allein ihr noch gefährlich werden konnte. Kirchen- und Schulwesen wurden von Grund aus umgestaltet, eine Reform, die in das Leben der Nation tief einschchnitt.

Der erste Schlag traf das Klosterwesen; unter dem Ministerium Waldeck-Rousseau wurden die vom Staate nicht autorisierten Orden aufgelöst, unter dem darauf folgenden Kabinett Combes (1902—1905) auch alle anderen bisher vom Gesetz geschützten geistlichen Gemeinschaften; ihr gesamtes Eigentum ward eingezogen und Bildungs- oder Wohltätigkeitszwecken zugewendet. Darauf folgte durch das Gesetz vom 7. Juli 1904 die Ausschließung der katholischen Geistlichkeit vom Schulwesen; demgemäß durfte keine Person Unterricht erteilen, die das Gelübde der Ehelosigkeit und des Gehorsams gegen die Oberen abgelegt hatte. Zum Ersatz für die aufgelösten klerikalen Volksschulen gründete der Staat zu seinen bisherigen noch tausende neuer Unterrichtsanstalten, aus denen allen nach den 1886 festgelegten Bestimmungen der Religionsunterricht verbannt war. Den Abschluß bildete das Gesetz über die Trennung des Staates von der Kirche vom 9. Dezember 1905. Alle Beiträge des Staates für Kultuszwecke wurden aus seinem Budget gestrichen. Hand in Hand damit ging die Einziehung alles Kirchengutes, wobei ein Unterschied gemacht wurde zwischen den Gotteshäusern auf der einen, den anderen Gebäuden, Grundstücken und dem beweglichen Vermögen auf der anderen Seite. Die ersteren blieben den Kultusgemeinden überlassen, deren Bildung das Gesetz regelte; die letzteren wurden zwischen dem Staate, den Departements und den Gemeinden verteilt, jedoch nicht zu beliebigen öffentlichen Zwecken, sondern bloß für Armenpflege und Wohltätigkeitsanstalten. Da der Staat den Bischöfen und deren Seelsorgern keine Gehälter mehr zahlte, so verzichtete er dafür auch auf jedweden Einfluß bei der Bestellung der hohen und niederen Geistlichkeit. Somit verfügte fortan der unfehlbare Papst allein über die Einsetzung der Bischöfe und durch diese auch über die der anderen Geistlichen. Das aber führte zu Verhältnissen, deren Folgen noch nicht abzusehen sind. Während die französische Kirche die Kosten des Kampfes zahlte und finanziell schwer getroffen wurde, teilten sich der Staat und die römische Kurie stillschweigend in das Erbe. Die Republik zog alles geistliche Gut an sich und ebenso die ausschließliche Besorgung des Schulwesens; der Papst

gewann die unbeschränkte Gewalt über den hohen und den niederen Klerus. Es gehört zu den Rätsselfragen der politischen Zukunft Frankreichs, welche der beiden Gewalten sich eines größeren Machtzuwachses erfreuen wird.

Gegen den Bruch mit der Vergangenheit erhob sich eine Opposition, die nicht bloß aus den Klerikalen, aus den Anhängern der Monarchie und den Nationalisten, sondern auch aus dem konservativen Teile der Republikaner bestand. Viele Freunde der bestehenden Staatsform wollten dem religiösen Erbe der Vergangenheit nicht ganz entsagen und zu ihnen gehörte der größere Teil des wohlhabenden Bürgertums. Diese Gruppe wählte den Parteinamen der Progressisten und befand sich bei den Abstimmungen über die Kirchenpolitik in einer gemischten Gesellschaft; denn sie umschloß die Vertreter des Industrie- und des Finanzkapitals, wie Méline und Ribot, stand jedoch zusammen mit den Nationalisten, die, unter Führung Deroulèdes, auch die reizbaren Patrioten und allerhand wüste Elemente um sich scharten, mit denen sie bis etwa 1906 in Paris die Straße beherrschten. Hier behaupteten sie, da die organisierten Arbeiter tagsüber in den Werkstätten beschäftigt waren, in argen Tumulten oft das Feld.

Es war keineswegs eine imposante Mehrheit im Volke, die für die Kirchenpolitik der Freidenker und überhaupt für die radikale Umformung des Staates eingenommen war. Selbst Emil Loubet, Präsident der Republik von 1899 bis 1906, ging bei der Trennung der Kirche vom Staat nur zögernd mit, die erst von seinem Nachfolger Armand Fallières (1906—1913) nach Kräften gefördert wurde. Lange schwankte die Wage, noch bei den Wahlen von 1906, die den Sieg der linksrepublikanischen Parteien entschieden, erklärten sich 3 690 000 Wähler für die Opposition, also eine stattliche Zahl neben den 5 070 000 für die Mehrheit abgegebenen Stimmen. Die Radikalen waren die stärkste Partei im Lande, und demgemäß waren alle Ministerpräsidenten von 1902 bis 1912 ihren Reihen entnommen: Combes, Rouvier, Sarrien, Clemenceau, Briand, Monis, Caillaux.

Tiefgreifend war auch der Einfluß des radikalen Blocks auf die

Armee. Bis dahin brachten im Offizierskorps mit Vorliebe die monarchisch und gut katholisch gesinnten Familien ihre Söhne unter; hier herrschten noch viele Überlieferungen des alten Frankreich; im Generalstabe konnte sich überhaupt nur behaupten, wer mit den Klerikalen zusammenhielt, zumal als der kluge Jesuitenpater Le Père während des Dreyfushandels hier seine Fäden zog. Um dies abzustellen, ging General André, Kriegsminister in den Kabinetten Combes und Rouvier, mit der größten Härte vor. Ein Fanatiker der gleichmachenden Demokratie, verfolgte er die Männer anderer Gesinnung in der Armee; jeder Offizier, der regelmäßig den Gottesdienst besuchte, war, wenn er auch seine militärische Pflicht tat, dem Minister von vornherein verdächtig. Er nahm die geheimen Berichte und Anzeigen der Freimaurer beim Befördern und Zurücksetzen der Offiziere zur Grundlage: der Einfluß der Logen ersetzte den der geistlichen Orden. Allmählich häufte sich so viel Unwille gegen André auf, daß die Regierung ihn schließlich fallen ließ. Aber nur die Methode änderte sich, nicht das Ziel. Sowohl die bürgerlichen Kriegsminister, wie auch General Picquart, der das Amt unter Clemenceau bekleidete (1906—1909) — er war, von der Unschuld des Hauptmanns Dreyfus überzeugt, mannhaft für ihn eingestanden und deshalb seinerzeit aus dem Generalstabe gestoßen worden —, ließen den neuen Geist durch die Armee fluten, ohne jedoch die Andersdenkenden zu verfolgen. Das Wehrgesetz von 1905 trug das seinige zur Demokratisierung der Armee bei. Die Dauer der Dienstpflicht wurde von drei auf zwei Jahre herabgesetzt und gleichzeitig alle bisher geltenden Begünstigungen abgeschafft. Das Vorrecht des Einjährig-Freiwilligendienstes für die studierende Jugend hörte auf, die Priester und Kleriker aller Bekenntnisse wurden gleich den anderen Staatsbürgern zum Waffendienste herangezogen. Mit der allgemeinen Gleichmachung ging die größte Sorgfalt für die Armee Hand in Hand. Alle verlangten Gelder wurden vom Parlamente ohne Zögern bewilligt; zwischen den verschiedenen Waffengattungen herrschte reger Wettstreit; sichtbar hob sich die Ausbildung der Offiziere, besonders im Generalstabe. Dagegen litt die Mannszucht, welche die demokratischen Regie-

rungen nicht mit der gehörigen Strenge zu fordern wagten; dies wie die Vernachlässigung der Flotte gehörten zu den Schattenseiten des Systems.

Demokratisierung war auch die Lösung in der Beamtenschaft, die sich, wie alle anderen Berufe, in Gewerkschaften zusammenschließen begann. Zuletzt erstreckte sie sich auch auf die Diplomatie. Die Sprossen des alten Adels traten aus dem Dienste, so die Marquis von Noailles und Reverseaux, die Botschafter in Berlin und Wien; dagegen rückten Familienangehörige der radikalen Abgeordneten vor; die Enkel zweier Mitglieder des Konvents, die für die Hinrichtung Ludwigs XVI. gestimmt hatten, Barrère und die Brüder Cambon, bekleideten die wichtigsten diplomatischen Posten. Diese drei Männer füllten ihren Platz vollständig aus; im allgemeinen aber änderten sich im Nutzgenusse der Günstlingswirtschaft nur die Personen. Die schmäbliche Stellenjagd der Abgeordneten zugunsten ihrer Verwandten und Freunde erregte Erbitterung und bot den Lustspieldichtern, Satirikern und Moralisten unerschöpflichen Stoff. Viele Abgeordnete benutzten das Mandat, um sich zu bereichern; in der Verwaltung waren Günstlingswesen und Bestechlichkeit unausrottbar. Ein Vergleich mit dem lauterem Charakter und der Gewissenhaftigkeit des deutschen Beamtentums konnte im Ernst nicht gewagt werden; Nationalfehler und Nationalvorzüge bleiben sich unter wechselnden Staatsformen gleich.

\*

### Soziale Kämpfe 1906 bis 1909

Der linksrepublikanische Block trug den Keim der Zersetzung in sich. Auf die Dauer konnten Männer des Großkapitals nicht mit Sozialisten, die Fürsprecher der Welt- und Kolonialpolitik nicht mit den Pazifisten zusammenarbeiten. Auch hielt nach Erreichung der großen Ziele der Kirchen- und der Armeepolitik der Ritt nicht mehr, mit dem die bürgerlichen und die sozialistischen Demokraten aneinander gekettet waren. Die